

INFORMATION ÜBER EINLAGENSICHERUNG UND ANLEGERENTSCHÄDIGUNG

FASSUNG August 2015

Alle Volksbanken sind Mitglied der **Volksbank Einlagensicherung eG**, der gesetzlichen Sicherungseinrichtung des Volksbankenverbundes gemäss Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (ESAEG), BGBl. I Nr. 117/2015.

Auf der Homepage der **Volksbank Einlagensicherung eG** (www.volksbank-einlagensicherung.at) finden Sie sowohl Informationen über die Bestimmungen für das Verfahren zur Erstattung von Einlagen und die Bedingungen der Einlagensicherung, als auch entsprechende Informationen zur Anlegerentschädigung.

Die Kontaktdaten der **Volksbank Einlagensicherung eG**:

Kolingasse 12-14
1090 Wien
einlagensicherung@volksbank.at

Der Volksbankenverbund bietet seinen Kunden zusätzlich zur gesetzlichen Einlagensicherung und Anlegerentschädigung Sicherheit: Die österreichischen Volksbanken haben sich, mit wenigen Ausnahmen, zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäss § 30a Bankwesengesetz (BWG) zusammengeschlossen. Eines der Kernelemente ist der Haftungsverbund: die teilnehmenden Volksbanken unterstützen sich dabei gegenseitig im Fall wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Der Haftungsverbund sichert somit den Bestand und die Funktionsfähigkeit der teilnehmenden Volksbanken. Durch diesen Institutsschutz ist sichergestellt, dass es gar nicht erst zu einem Einlagensicherungsfall oder Anlegerentschädigungsfall kommen kann, und somit die Volksbankkunden, über den Höchstbetrag der gesetzlichen Einlagensicherung und Anlegerentschädigung hinaus, in voller Höhe gesichert sind.

Einlagensicherung:

Die Einlagen sind pro Einleger mit einem Höchstbetrag von EUR 100.000,- gesichert.

Einlagen auf einem Konto, über das zwei oder mehr Personen als Gesellschafter einer offenen Gesellschaft, einer Kommanditgesellschaft, einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder einer dieser Gesellschaftsformen entsprechenden Gesellschaft nach dem Recht eines Mitgliedstaates oder eines Drittlandes verfügen können, werden bei der Berechnung des Höchstbetrages zusammengefasst und als Einlage eines Einlegers behandelt; dies gilt in gleicher Weise für Guthaben und sonstige Forderungen aus Wertpapiergeschäften.

Anlegerentschädigung:

Nach österreichischem Recht sind Wertpapiere den Anlegern von der depotführenden Bank zurückzugeben.

Geldforderungen aus der Anlegerentschädigung sind sowohl bei natürlichen Personen als auch bei nicht natürlichen Personen mit höchstens EUR 20.000,- gesichert. Forderungen von nicht natürlichen Personen sind jedoch mit 90% der Forderung aus Wertpapiergeschäften pro Anleger begrenzt.

Rückflüsse aus der Wertpapierverrechnung (Dividenden, Verkaufserlöse, Tilgungen etc.) fallen unter die Einlagensicherung.

Ausnahmen von der Einlagensicherung und Anlegerentschädigung:

Die Ausnahmen von der Sicherung werden im Folgenden vereinfacht dargestellt. Es gilt der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen in § 10 Abs.1 ESAEG.

Nicht erstattungsfähig sind zum Beispiel

- Eigenmittel des Kreditinstituts (zB Ergänzungskapital);
- Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäscherei stehen;
- Einlagen, bei denen bis zum Eintritt eines Sicherungsfalls die Identität ihres Inhabers niemals gemäß den §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz festgestellt wurde, es sei denn, die Identifizierung wird innerhalb von zwölf Monaten nach Eintritt des Sicherungsfalls nachgeholt;
- Schuldverschreibungen eines Kreditinstituts und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

Auf Wunsch stellen wir Ihnen gerne ein Exemplar des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes zur Verfügung. Sie finden das Gesetz auch online im Rechtsinformationssystem unter www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht/.